

**DRINGLICHE ANFRAGE** von Käthi Furrer (SP, Dachsen), Emy Lalli (SP, Zürich), Prof. Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich) und Mitunterzeichnende  
betreffend Umgang des Kantons mit abgewiesenen Asylsuchenden

---

Dem «Tages-Anzeiger» vom 27. Juni 2005 entnehmen wir, dass der Kanton Zürich seine Asylpraxis verschärft hat, indem er Asylsuchende mit einem Nichteintretensentscheid (NEE) aus ihrer Notunterkunft weist bzw. wöchentlich von einer Notunterkunft zur anderen treibt. Nach einer Woche bekommen sie Hausverbot und müssen beim Migrationsamt einen neuen Nothilfe-Antrag stellen. Dieses Prinzip nennt sich «Dynamisierung», was wir als unpassend wenn nicht zynisch erachten. Dabei werden Asylsuchende mit einem NEE auf unwürdige Weise herumgejagt. Da zurzeit fünf Notunterkünfte zur Verfügung stehen, hat eine so herumgeleitete Person im schlechtesten Fall nach sechs Wochen «die Runde gemacht» und erreicht wieder den Ausgangsort. Auch wenn Asylsuchende mit NEE sich nach amtlicher Abklärung illegal in der Schweiz aufhalten, haben sie Anrecht auf eine anständige Behandlung. Die neue Praxis im Asylwesen ist menschenunwürdig. Sie erstaunt und befremdet uns aufs Höchste.

Wir bitten den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Praxisverschärfung in Hinblick auf die Menschenwürde? Lässt sich eine solche Behandlung mit den Grundrechten vereinbaren?
2. Zurzeit sind von der neuen Praxis rund 100 Personen betroffen. Sollen noch mehr Asylsuchende in die Praxis eingeschlossen werden?
3. Sind auch Familien mit Kindern und auf sich allein gestellte Minderjährige von dieser Massnahme betroffen? Wenn ja, beurteilt der Regierungsrat die Situation bei diesen Betroffenen gleich?
4. Wie steht es mit den 600 Asylsuchenden mit NEE, die nicht mehr in den Asyldurchgangszentren leben, sondern den Gemeinden zugewiesen wurden? Werden sie möglicherweise auch «dynamisiert»? Wer entscheidet darüber?
5. Solchermassen behandelte Asylsuchende drohen unterzutauchen, was die Situation gesamthaft nicht einfacher macht. Jedenfalls ist die Chance, dass sie untertauchen grösser als die, dass sie unser Land verlassen. Was unternimmt der Regierungsrat, dass nicht noch mehr Menschen untertauchen?
6. Fachleute beurteilen die neue Massnahme als Zermürbungstaktik, des Weiteren als wenig erfolgversprechend und befürchten einen personalintensiven Leerlauf bei der Abwicklung. Welche zusätzlichen Kosten entstehen dem Kanton durch die neue Praxis? Braucht es dazu zusätzliches Personal?
7. Warum hat der Regierungsrat diese einschneidende Praxisänderung nicht vorgängig öffentlich gemacht?

Käthi Furrer  
Emy Lalli  
Prof. Katharina Prelicz-Huber

P. Anderegg	U. Annen	E. Arnet	H. Attenhofer	C. Balocco
M. Brandenberger	U. Braunschweig	R. Brunner	H. Bucher	R. Büchi
H. Buchs	A. Burger	A. Bürgi	M. Burlet	B. Bussmann
V. Bütler	Y. de Mestral	E. Derisiotis	B. Egg	S. Feldmann
G. Fischer	J. Gerber	R. Golta	R. Götsch	B. Gschwind
J. Gübeli	E. Guyer	T. Hardegger	E. Hildebrand	P. Holenstein
K. Jaggi	U. Keller	A. Kennel	C. Krebs	M. Kull
R. Lais	R. Leuzinger	K. Maeder	R. Margreiter	T. Mauchle
R. Munz	M. Naef	G. Petri	B. Ramer	P. Reinhard
A. M. Riedi	S. Rihs	S. Rusca	E. Scheffeldt	Ch. Schürch
J. Serra	M. Spring	A. Sprecher	J. Stünzi	E. Torp
J. Tremp	M. Trüb	J. Wiederkehr	S. Ziegler	E. Ziltener
J. Zollinger				